

Spannungen wegen Strommarkt

Nicht alle SP-Energieminister folgen der gewerkschaftlichen Fundamentalopposition

Doris Leuthards Pläne für die Strommarktöffnung stehen in der Kritik. Der politische Absturz von 2002 droht sich zu wiederholen: Ein Referendum der Gewerkschaften liegt in der Luft.

Davide Scruzzi

Seit 2009 können Grosskunden ihren Stromanbieter frei wählen. Sollen dies auch Kleinkunden dürfen? Die Ausweitung ist bereits im Stromversorgungsgesetz vorgesehen und terminlich schon lange fällig. Die von Bundesrätin Doris Leuthard im Herbst gestartete und nun zu Ende gegangene Vernehmlassung hat indes die alten politischen Gräben rund um die Strommarkt-Frage neu aufgedeckt.

Die Bürgerlichen befürworten eine weitere Liberalisierung. Deutliche Opposition gegen den referendumsfähigen zweiten Schritt der Strommarktöffnung kommt von den Gewerkschaften. Für Dore Heim vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) passt die Umsetzung des Atomausstiegs nicht mit der Marktöffnung zusammen. Eine Liberalisierung bei tiefen Preisen würde die Branche derart unter Druck setzen, dass Investitionen in alternative Energien noch schwieriger würden, so Heim. Die Belieferung von Kunden mit erneuerbaren Energien zu den heutigen Monopolpreisen sei ein Treiber der Energiekrise. Dass derzeit die Gewerkschaften mit der Strombranche über einen Gesamtarbeitsvertrag für das Personal im Netzbereich verhandeln, habe mit der gewerkschaftlichen Haltung zum zweiten Öffnungsschritt nichts zu tun. Auch wenn es zu einem GAV komme,

ändere der SGB seine Position nicht; es gehe um Bedenken wegen der Energiekrise. Ob aber die Gewerkschaften ein Referendum ergriffen, sei offen. Man sei stark gefordert durch gewerkschaftliche Kerngeschäfte im Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzbereich, erklärt Heim und warnt linke Politiker und Verbände davor, zu stark auf die Ressourcen der Gewerkschaften zu setzen.

Die Opposition der Gewerkschaften erinnert an deren erfolgreiches Referendum, das den ersten Versuch zur



Eric Nussbaumer (sp., Baselland)

Roger Nordmann (sp., Waadt)

Strommarktöffnung 2002 scheitern liess. Eine weitere Parallele findet sich in der SP. Dort folgt das Gros der Partei erneut dem gewerkschaftlichen Njet, während es – wie schon 2002 – prominente Dissidenten gibt. Bei der SP-Vernehmlassungsantwort hat sich SP-Nationalrat Roger Nordmann durchgesetzt, der ähnlich wie der SGB den Wegfall der Belieferung zu Gestehungskosten als Gefahr für die erneuerbare Stromproduktion sieht und im Allgemeinen ein Marktversagen ortet. Das zentrale Argument, wonach eine Strommarktöffnung für den Abschluss eines bilateralen Stromabkommens wichtig sei, hält Nordmann für wenig bedeutend. Seitens der Gewerkschaften wird

argumentiert, dass die Verhandlungen mit der EU derzeit blockiert seien und daher keine dringende Notwendigkeit einer Marktöffnung resultiere.

Anders sieht es Eric Nussbaumer (sp., Baselland). Der energiepolitische Vordenker der SP spricht sich – gegen die SP-Position – im Grundsatz für eine Marktöffnung aus und verweist dabei auf die Haltung der von ihm präsidierten Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE Suisse). Demnach sei es wichtig, dass jeder in der Wahl seines Stromprodukts frei sei und die Schweiz am EU-Strommarkt teilnehme. Doch will Nussbaumer «flankierende Massnahmen» im ökologischen Bereich, etwa eine bessere Finanzierung der erneuerbaren Energien, eine Option für eine Grundversorgung mit erneuerbaren Energien sowie – als Empfehlung – eine Befristung der AKW-Laufzeiten. Diesem «kritisch-skeptischen» Ja zur Marktöffnung schliesst sich neben anderen auch die Bündner SP-Nationalrätin Silva Semadeni an und verweist auf die Vermarktung der Wasserkraft. Die SP-nahe Stiftung für Konsumentenschutz ist ebenfalls – mit Vorbehalten – für die Marktöffnung.

Auch die Strombranche ist nicht einstimmig für eine Öffnung. Während der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen diese befürwortet, sprach sich der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber als Organisation der kleinen Versorger bisher dagegen aus. Bei der Forderung der Branche nach längeren Fristen gibt es Unterstützung von der Eidgenössischen Elektrizitätskommission, welche die von Doris Leuthard geplante Umsetzung ab 2018 wegen der politischen Unsicherheiten als zu ambitioniert beurteilt.

Teuer und unfair

Komitee gegen CVP-Familieninitiative

Für Politiker von fünf Parteien – alle selbst Eltern – verfehlt die CVP-Familieninitiative ihr Ziel. Sie entlaste nur Familien, die es nicht nötig hätten.

For. Bern · Die Botschaft des Neinkomitees war klar: Man kann Kinder haben und trotzdem gegen die Familieninitiative der CVP sein. Diese möchte

CVP-FAMILIENINITIATIVE

Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. März 2015

die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien. Die sieben Mütter und Väter aus den fünf Parteien SP, Grüne, BDP, GLP und FDP wollten ihr Votum indes nicht grundsätzlich gegen die Förderung von Familien verstanden wissen. Die Initiative sei aber der falsche Weg, sagten sie am Donnerstag vor den Medien.

Die Falschen profitieren

Laut Andrea Caroni (fdp., Appenzell Ausserrhoden) widerspricht die Vorlage einem Grundpfeiler des Schweizer Steuersystems: die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Weil Kinder- und Ausbildungszulagen die Leistungsfähigkeit von Familien erhöhten, sei es legitim, darauf Steuern zu erheben. Es gibt laut Caroni Ausnahmen. Dazu zählten die Ergänzungsleistungen zu IV oder AHV oder die Sozialhilfe, die nach tatsächlichem Bedarf ausgerichtet würden. Würde hier besteuert, würde der Staat mit der einen Hand nehmen, was er mit der anderen mit Blick auf die Existenzsicherung gleich wieder geben müsste.

Die CVP scheine die Familien zu lieben, aber nicht alle mit der gleichen Intensität, sagte SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz. Mit der Initiative würde eine Familie mit einem jährlichen Einkommen von 250 000 Franken in Ruiz' Wohnort Lausanne Steuerersparnisse von 2478 Franken erzielen. Bei einem Einkommen von 120 000 sind es 1372 Franken und bei 50 000 noch 314 Franken. Das Fazit der SP-Politikerin: Jene Familien, die es am wenigsten benötigen, profitieren am meisten. Es handle sich um ein teures, unzuverlässiges Giessskannenprinzip, sagte Aline Trede (gp., Bern). Die Initiative führt zu jährlichen Steuerausfällen von rund einer Milliarde Franken, wovon rund 760 Millionen bei den Kantonen.

Sparpakete treffen Familien

Weil die Finanzen vieler Kantone bereits heute nicht mehr rosig sind, rechnen die Gegner mit weiteren Sparpaketen aufgrund der Steuerausfälle. Von solchen Sparmassnahmen seien speziell jene Familien betroffen, die es finanziell heute schon schwer haben, sagte Nadine Masshardt (sp., Bern). Es sei beispielsweise mit steigenden Badi-Eintritten sowie teureren Gebühren für Bibliotheken und Musikschulen zu rechnen.

Im Kanton Aargau käme es laut dem dortigen Finanzdirektor zu einem Ausfall von rund 60 Millionen Franken. Angesichts des harten Ringens um das derzeitige Sparpaket von 17 Millionen Franken seien die hitzigen Diskussionen bei einer Neuauflage mit grösserem Betrag nicht auszudenken, sagte BDP-Nationalrat Bernhard Guhl.

Weitere Votanten betonten, dass Familien bereits heute finanziell entlastet würden. Dazu zählten Kinderabzüge, Abzüge für Fremdbetreuung, Familienzulagen und Sozialtarife.



SCHWEIZER MEDIEN
MÉDIAS SUISSES | STAMPA SVIZZERA | SWISS MEDIA

«Bäckereien der Demokratie»



Gemeinwesen gedeihen dann am besten, wenn Medien und Politik in einem wechselseitigen Verhältnis stehen. Die Medien profitieren von wichtigen und exklusiven Informationen aus dem Politbetrieb. Die politische Gemeinschaft wiederum findet Orientierung auf den Plattformen für die kritische Öffentlichkeit. Doch das Gleichgewicht ist nicht gottgegeben.

Dieses neue Grundlagenwerk beschreibt das fragile Wechselspiel zwischen Medien und Öffentlichkeit. Mit Beiträgen von Medienwissenschaftlern, Politikern, Verbandsvertretern und Chefredaktoren.

Fredy Greuter, Norbert Neining (Hrsg.)

Medien und Öffentlichkeit

Zwischen Symbiose und Ablehnung. Hrsg. v. Verband Schweizer Medien

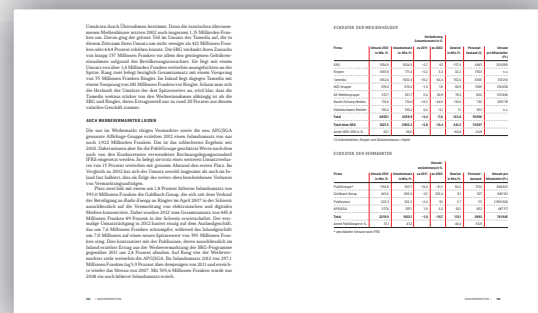
2014. 208 Seiten, 37 Abbildungen, Klappenbroschur.

Fr. 32.- / € 28.-

Nzz Libro auf



#Medien #Demokratie



NZZ Libro

nzz-libro.ch

Bestellung
Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

Fredy Greuter, Norbert Neining (Hrsg.)
Medien und Öffentlichkeit
Zwischen Symbiose und Ablehnung
Fr. 32.- / € 28.-, ISBN 978-3-03823-889-8

* Unverbindliche Empfehlung für Frankenpreise.
Preisänderungen vorbehalten.

Name, Vorname
Strasse, Nr.
PLZ, Wohnort
Telefon
E-Mail
Datum, Unterschrift

NZZ Libro
Buchverlag Neue Zürcher Zeitung
Postfach, CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 258 15 05
Fax +41 44 258 13 99
nzz.libro@nzz.ch, www.nzz-libro.ch

Erhältlich auch in jeder Buchhandlung und im NZZ-Shop,
Falkenstrasse/Ecke Schillerstrasse, Zürich